Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1931)

Artikel: Bericht der Präsidialverwaltung

Autor: Dürrenmatt, H. / Rudolf, A. / Mouttet, H.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-418544

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1931.

Bericht der Präsidialverwaltung.

Regierungspräsident: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **H. Dürrenmatt.**
Vom 1. Juni bis 31. Dez.: Regierungsrat Dr. **A. Rudolf.**

Vizepräsident des Regierungsrates: Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **A. Rudolf.**
Vom 1. Juni bis 31. Dez.: Regierungsrat Dr. **H. Mouttet.**

Volksabstimmungen.

Im Berichtsjahre fanden statt drei kantonale und drei eidgenössische Abstimmungen.

A. Kantonale Volksabstimmungen.

Am 19. April beschloss das Bernervolk die Aufnahme einer Anleihe von Fr. 5,000,000 für die beschleunigte Durchführung des Strassenbauprogrammes mit 33,133 annehmenden gegen 6348 verwerfenden Stimmen, also mit einem Mehr von 26,785. Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten betrug 192,426, die der Stimmenden 40,903, die Stimmbeteiligung somit 21,2 %.

Am 28. Juni kamen zur Abstimmung das Gesetz über die Ausbildungszeit der Lehrer und Lehrerinnen (Abänderung des § 5 des Gesetzes über die Lehrerbildungsanstalten vom 18. Juni 1875) und das Gesetz über die Geldbeschaffung zur Bekämpfung der Tuberkulose. Beide Gesetze wurden angenommen. Das erstgenannte mit 32,491 Ja gegen 8517 Nein, also mit einem Mehr von 23,974, und das zweite mit 36,954 gegen 5051 Stimmen, also mit einem Mehr von 31,903. Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten betrug 193,118, die der Stimmenden 42,361 und die Stimmbeteiligung rund 21,9 %.

Am 6. Dezember kam ferner zur Abstimmung das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung, wobei bei einer Gesamtzahl von 196,959 Stimmberechtigten 152,302 Bürger, oder 77,3 %, zur Urne gingen. Das Gesetz wurde vom Volke angenommen mit 81,354 Ja gegen 64,759 Nein, also mit einem Mehr von 16,595 Stimmen.

B. Eidgenössische Volksabstimmungen.

Das Schweizervolk wurde im Berichtsjahre dreimal zur Urne gerufen. Am 8. Februar wurde ihm zur Ab-

stimmung unterbreitet der Antrag der Bundesversammlung über die Abänderung des Artikels 12 der Bundesverfassung (Ordensverbot). Für diese Vorlage gab der Kanton Bern ab 21,531 Ja und 6417 Nein. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 193,814 und die der Stimmenden 28,676, die Stimmbeteiligung also nur annähernd 14,8 %. Die zweite eidgenössische Abstimmung fand statt am 15. März. Zur Abstimmung gelangten die Vorlagen Revision des Art. 72 der Bundesverfassung (Erhöhung der Wahlziffer des Nationalrates) und Revision der Art. 76, 96, Abs. 1, und 105, Abs. 2, der Bundesverfassung (Amtsdauer des Nationalrates, des Bundesrates und des Bundeskanzlers). Im Kanton Bern wurden beide Vorlagen verworfen. Die erste mit 30,400 Ja gegen 32,339 Nein und die zweite mit 26,385 Ja gegen 35,559 Nein. Die verwerfenden Mehrheiten betrugen also 1939 und 9168 Stimmen. Von den 194,560 in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigten Bürgern gingen 63,588, oder 32,6 %, zur Urne. Endlich kamen am 6. Dezember zur Abstimmung die Entwürfe zu einem Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung und zu einem Bundesgesetz über die Besteuerung des Tabaks. Auch diese zwei Vorlagen wurden vom Bernervolk verworfen. Die erstere mit 59,553 gegen 83,071, also mit einem Mehr von 23,518, und die letztere mit 71,385 gegen 72,103 Stimmen, mit einem Mehr von 718 Stimmen. Die Zahl der Stimmberechtigten betrug 198,309. Ihrer Bürgerpflicht kamen nach 152,136 Stimmberechtigte, oder 76,7 %

Volkswahlen.

Am 19. April 1931 erfolgte eine Ersatzwahl für ein Mitglied des Regierungsrates; gewählt wurde Nationalrat H. Stähli, kant. Parteisekretär.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung.

Als Ständeräte wurden für die Amtsperiode 1. Dezember 1931 bis 30. November 1932 gewählt: Dr. C. Moser, Präsident des Bankrates der Kantonalbank, und Fürsprech P. Charmillot in St. Immer.

Am 25. Oktober 1931 fand die Gesamterneuerungswahl des Nationalrates statt. Infolge der vom Schweizervolk angenommenen Verfassungsänderungen war der Rat auf 4 Jahre zu wählen, und es fielen dem Kanton Bern durch die Erhöhung der Wahlziffer statt wie bisher 34 Mitglieder nur noch 31 zu. Sechs Parteien stellten für diese Sitze insgesamt 145 Kandidaten auf. Es fielen zu:

1. der Sozialdemokratischen Partei	10 Sitze
2. der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei.	15 »
3. der Freisinnig-demokratischen Partei . .	4 »
4. der Jurass. liberalen Partei.	1 Sitz
5. der katholischen Volkspartei	1 »
6. der kommunistischen Partei	0 »

Grosser Rat.

Der Rat hielt im ganzen 4 Sessionen mit 41 Sitzungen ab. Die erste Session war eine ausserordentliche.

Für den Rest des Verwaltungsjahres 1930/31 amtete als Grossratspräsident Architekt L. Bueche in St. Immer. Für das Verwaltungsjahr 1931/32 wurde als Grossratspräsident gewählt: Ernst Bütikofer, Redaktor in Bern; als Vizepräsidenten: Walter Egger, Kaufmann in Aarwangen, und Dr. Büeler Friedrich, Arzt in Bern.

Der Bestand der Behörde erlitt im Berichtsjahr folgende Veränderungen: Verstorben ist das Mitglied Joh. Gottl. Neuenschwander, Oberdiessbach, und ausgetreten sind: Prof. Dr. Fr. Marbach, Bern, Jean Meyer, Fürsprecher, Pruntrut, und Paul Moser, Lehrer und Gemeindepräsident in Herzogenbuchsee. Neu in den Rat eingetreten sind: Emil Schneiter, Fabrikant in Enggistein, Friedrich Althaus, Schneider in Worb, Philomé Chavanne, Landwirt in Cœuve, und Joh. Haas, Zimmermeister in Walliswil-Wangen.

Folgende wichtigere Geschäfte wurden behandelt:

1. Gesetze. Gesetz über die Abänderung von § 5 des Gesetzes über die Lehrerbildungsanstalten; Gesetz über die Geldbeschaffung zur Bekämpfung der Tuberkulose; Gesetz über die Arbeitslosenversicherung; Gesetz über die Wählbarkeit der Frauen in die Vormundschaftskommissionen; Gesetz über die Vereinfachung von Beamtenwahlen.

2. Dekrete. Dekret betreffend die Neuverteilung der Bundessubvention für die Primarschule; Dekret über das Morgenschnapsverbot; Dekret über die Organisation der Berufsberatung; Dekret betreffend den Tarif in Strafsachen; Dekret betreffend die Errichtung einer zweiten Pfarrstelle in Thurnen; Dekret über die Führung und Benützung des Strafregisters; Dekret betreffend die Aufnahme der Haushaltungslehrerinnen in die Invalidenpensionskasse der Arbeitslehrerinnen.

3. Motionen, Interpellationen und einfache Anfragen. Es wurden 32 Motionen und Postulate behandelt und 47 Interpellationen und einfache Anfragen beantwortet.

4. Andere Geschäfte. Von solchen seien als wichtigere erwähnt: Initiative für die Regelung des Fischereigesetzes; Bericht über die Verhältnisse in den von der Krise in der Uhrenindustrie betroffenen Gemeinden; Bericht über die Bausparkassen; Ankauf des Röhrswilgutes; Aufnahme eines Staatsanleihens von Franken 39,000,000; Sitzfrage und Landankäufe für die Alpwirtschaftliche Schule; Umwandlung des Steuerausgleichsfonds in einen Krisenfonds; Kreditbewilligung für den Bau einer Übungsschule am Oberseminar Bern; Aufnahme eines Anleihens von Fr. 5,000,000 für die beschleunigte Durchführung des Strassenbauprogrammes; Emmentalbahn, Burgdorf-Thun-Bahn und Solothurn-Münster-Bahn, Elektrifizierung bzw. Umbau auf das Einphasenstromsystem; Beschluss betreffend Entschädigung bei bösartiger Blutarmut von Pferden; Aufhebung und Verpachtung der Anstalt Sonvilier.

Regierungsrat.

Vom 1. Januar bis 31. März amtete als Regierungspräsident der Direktor des Armen- und Kirchenwesens, Dr. H. Dürrenmatt, und als Vizepräsident der Direktor des Unterrichtswesens, Dr. A. Rudolf. Am 1. Juni übernahm Vizepräsident Dr. A. Rudolf das Präsidium, während als Vizepräsident der Direktor des Gemeinde-

wesens und der Sanität, Dr. H. Mouttet, gewählt wurde.

Auf Ende April 1931 nahm Regierungsrat Dr. C. Moser seinen Rücktritt infolge seiner Wahl zum Präsidenten des Bankrates der Kantonalbank von Bern. Regierungsrat Dr. C. Moser wurde in den Rat gewählt am 23. Februar 1908 und hat sein Amt am 1. April 1908 angetreten. Als Regierungspräsident amtete er in den Jahren 1910/11, 1919/20 und 1927/28. Während seiner Amtstätigkeit stund er immer der Direktion der Landwirtschaft und der Forsten vor. Unter seiner Leitung wurden in diesen Direktionen folgende wichtigsten gesetzlichen Erlasse vorbereitet: Dekret betreffend die Organisation der Direktion der Landwirtschaft vom 25. November 1909; Gesetz über das landwirtschaftliche Unterrichtswesen vom 28. Mai 1911; Gesetz über Jagd und Vogelschutz vom 30. Januar 1921; Gesetz über die Tierseuchenkasse vom 22. Mai 1921; Gesetz betreffend den Schutz des Weinbaues gegen die Reblaus vom 11. Juni 1922; Gesetz betreffend die Viehversicherung vom 14. Mai 1922. Zu erwähnen sind insbesondere die Verdienste von Dr. Moser für das landwirtschaftliche Bildungswesen. Während seiner Tätigkeit als Regierungsrat sind nacheinander entstanden die landwirtschaftliche und Haushaltungsschule Schwand-Münsingen, die Gartenbauschule Oeschberg, die landwirtschaftliche Schule Courtemelon; für die neue Alpwirtschaftliche Schule wurde Zweisimmen als Sitz erkoren. Wie aus diesen wenigen Aufzählungen hervorgeht, hat Direktor Dr. C. Moser dem Staate wertvolle Dienste geleistet, die der Regierungsrat — soweit an ihm — warm verdankt.

Dem in der Ersatzwahl vom 19. April 1931 neugewählten Mitglied des Regierungsrates, Nationalrat H. Stähli, wurden die Direktionen der Landwirtschaft und der Forsten übertragen.

Der Regierungsrat hielt 119 Sitzungen ab und behandelte 5196 Geschäfte.

Das abgelaufene Geschäftsjahr brachte der Verwaltung keine Aufgaben von ausserordentlicher Tragweite. Dagegen hat sich im Berichtsjahre die Wirtschaftskrise weiter verschärft und auch den Staatshaushalt in Mitleidenschaft gezogen. Nähere Ausführungen darüber sind in den Berichten der direkt beteiligten Direktionen enthalten.

Bezirksbeamte.

Infoge seiner Wahl zum Bezirksprokurator des Geschworenenbezirkes I (Oberland) trat im Laufe des Jahres der Regierungsstatthalter und Gerichtspräsident des Amtsbezirkes Frutigen, Hans Bühler, zurück. An seine Stelle wurde neu gewählt Hans Burn, bisher Gerichtsschreiber und Betreibungsbeamter des Amtes Signau.

An die frei gewordene Stelle in Signau wurde dann gewählt Hans Schwenter, bisher in gleicher Eigenschaft im Obersimmental tätig, wo er ersetzt wurde durch Hans Gautschi. Weitere Ersatzwahlen für Gerichtsschreiber (zugleich Betreibungsbeamte) wurden notwendig in den Amtsbezirken Nidau (Rücktritt Edgar Maag, Wahl Emil Ehrsam), Saanen (Rücktritt Rolf Hubacher, Wahl Max Peter) und Seftigen (Rücktritt Otto Haudenschild, Wahl S. Wettstein). Ferner trat zurück der Betreibungsbeamte des Amtsbezirkes Biel, Joh. Flückiger, an dessen Stelle Rudolf Roth gewählt wurde.

Im Amtsbezirk Obersimmental fand die Ersatzwahl für einen Amtsrichter statt (Wahl Ernst Perren, Blankenburg). Ersatzwahlen für Amtsgerichtssuppleanten waren durchzuführen in den Amtsbezirken Aarberg (Wahl Fritz Junker-Zingg, Zimlisberg) und Pruntrut (Wahl Léon Adette, Cœuve). Endlich fand je in den Amtsbezirken Aarwangen und Interlaken eine Ersatzwahl in die Schulsynode statt (Wahlen Fritz Güdel, Ursenbach, und Joh. Mühlemann, Interlaken).

Staatskanzlei.

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben unter anderen folgende Ziffern Auskunft:

An die Direktionen überwiesene Eingänge	3442
Überweisungen an den Grossen Rat . .	242
Ausführungen von Drucksachenbestellungen für eine Verkaufssumme von . .	Fr. 47,673. 75
Beglaubigung von Unterschriften . . .	23,133

Im Anweisungsverkehr wurden 1302 Gebührenfälle mit einem Ertrag von Fr. 104,444. 80 erledigt.

Die französische Abteilung besorgte ihrerseits 1817 Geschäfte, davon 737 des Regierungsrates und 1080 des Grossen Rates und der Direktionen, sowie eine beträchtliche Zahl von Veröffentlichungen im Amtsblatt.

Staatsarchiv.

Hinsichtlich der Räume des Staatsarchivs ist weder eine Veränderung noch Vermehrung zu melden. Gleich geblieben sind auch die Einrichtungen und leider auch die Staubplage. Die im Vorjahr erfolgte Behebung der Feuchtigkeitseinwirkungen im Hauptgewölbe 5 hat sich bewährt. Das Dach im Erdgeschoss des Hauses Postgasse 68 konnte endlich gegen Regen und Schnee abgedichtet werden, so dass dieser grosse Raum, wenigstens im Sommer, besonders zur Einlagerung und Bearbeitung von Materialien aus Bezirksarchiven nutzbar geworden ist. Ausser dem ordentlichen Zuwachs an Akten des Staates und der normalen Vermehrung der Bibliothek sind folgende Ablieferungen zu nennen: Die Justizdirektion übergab dem Staatsarchiv ihre Geschäftskontrollen, Register, Vorträge, Akten und Missiven der Jahre 1883—1900, zusammen 36 Bände, 71 Mappen und 24 Schachteln, dazu einige gedruckte Bestände. Auch aus dem Archiv der Gerichtsschreiberei Delsberg wurden zahlreiche Akten erhoben. Die Archivbibliothek hat einen besonderen Zuwachs erhalten durch die aus dem Nachlass von Prof. Dr. Karl Geiser erworbenen Bücher. Es betrifft ungefähr 600 Bände und 2400 Broschüren, worunter einige ältere und seltenere Drucke.

Im Archiv wurden mehrere Abteilungen neu aufgestellt und revidiert. Für die Planabteilung wurden etwa 300 Pläne von Domänen auf Rollen gebracht, neu signiert und in die Inventarien eingetragen. Ein alter Wunsch, eine altbernische Mandatensammlung nach Materien und mit gutem Inventar anzulegen, konnte verwirklicht werden. Verschiedene der angeführten Ordnungs- und Sichtungsarbeiten sind abgeschlossen. Die im letztjährigen Bericht erwähnten Registraturen wurden weitergeführt und um solche über Ein- und Auswanderungen, Zuteilung von Heimatrechten (17. Jahrhundert) vermehrt.

Im ehemaligen fürstbischöflich-baselschen Archiv wurde die umfangreiche, für die Erkenntnis der einstigen volkswirtschaftlichen Verhältnisse wichtige Abteilung 198: Fruchthandel und Versorgung des Landes mit Lebensbedürfnissen, ebenso Abteilung 185: Erbhuldigung und eine Reihe kleinerer Abteilungen der Temporalia und der Spiritualia neu geordnet. Eine Sammlung von alten Notariatsprotokollen von Freibergen und Münster, sowie zahlreiche Zins-, Lehen- und Dokumentenbücher verschiedener Herkunft wurden überprüft und mit neuen Aufschriften versehen. Die Bereitstellung von Akten und Nachweisen aus zahlreichen Materialien der bischöflichen und französischen Zeit, welche die Gebiete von Pfeffingen und Birseck betreffen und für das amtliche Geschichtswerk des Kantons Basellandschaft unentbehrlich sind, erforderte einen erheblichen Zeitaufwand. Ein Bearbeiter dieser Gedenkschrift, Kantonsbibliothekar Dr. Gass, arbeitete längere Zeit im hiesigen Archiv.

Auch einige besondere Veranstaltungen verdienen Erwähnung. Der Grosse Rat ehrte in seiner feierlichen Sitzung vom 23. Februar 1931 die demokratische Umgestaltung des bernischen Staatswesens vor 100 Jahren. Das Staatsarchiv stellte bei dem Anlass die wichtigsten amtlichen Bekanntmachungen jener sturmbewegten Zeit aus. Diese Druckschriften, zumeist in Plakatformat, fanden lebhaftes Interesse. Eine zweite Ausstellung zur Erinnerung an den Rücktritt der alten Behörden und die Übernahme der Staatsgewalt durch die neuen Männer am 20./21. Oktober 1831 umfasste die Staatssiegel, die Originale der Verfassungen von 1831, 1846 und 1893, den Bundesbrief von 1353, sodann die ersten Protokolle des Grossen Rates, des Regierungsrates, der sieben Departemente und ihrer Unterabteilungen, ferner ausgewählte Akten, Rechnungen und Druckschriften, nicht zu vergessen die ehrwürdige Rathausbibel von 1657. Diese zeitgenössischen Zeugnisse liessen erkennen, dass unser Volk vor einem Jahrhundert in Würde und Ordnung die Aristokratie zu verabschieden und zur Demokratie überzugehen wusste. Die Ausstellung im Vorzimmer des Grossratssaales wurde aus allen Kreisen der Bevölkerung und aus allen Gegenden des Kantons besucht. — Im Juli besichtigte die oberste Klasse des Seminars Muristalden das Staatsarchiv. — Im November wurde an einem Nachmittag der Ortsgruppe Thun des Bildungsverbandes schweizerischer Buchdrucker eine Sammlung von schön und geschmackvoll gestalteten Urkunden und von ebensolchen Drucken aus mehreren Jahrhunderten vorgewiesen.

Das ganze Jahr hindurch wurde das Staatsarchiv von amtlichen Stellen, Studierenden und Geschichtsfreunden lebhaft benützt. Eine auf Wunsch der Rechtsfakultät der Universidad Nacional de La Plata dorthin gesandte Sammlung der geltenden bernischen Erlasse über Strafrecht, Bewahrung von Jugendlichen, Armenpolizei, Bekämpfung des Alkoholismus, Gefängniswesen und Schutzaufsicht ist laut Verdankungsschreiben richtig am Bestimmungsort eingetroffen.

Das im letztjährigen Bericht erwähnte Verlangen nach Familienwappen dauert trotz aller Krise unvermindert an. Es sind auf diesem Gebiete bei uns mehrere tüchtige Künstler und Kunstgewerbler tätig, daneben aber auch weniger sachkundige Leute.

Bezüglich der Fontes rerum Bernensium kann mitgeteilt werden, dass der im Vorjahr beschlossene Druck des 10. Bandes im Berichtsjahr bis zur 160. Seite gediehen ist und die Urkundentexte der Jahre 1379, 1380 und 1381 (bis 16. November) umfasst.

Hallwyl-Archiv. Im Mai besuchte Frau von Eckermann-von Hallwyl aus Stockholm, die älteste Tochter der Stifterin, das Familienarchiv, dessen Pflege und wissenschaftlicher Erschliessung sie mit ihren Verwandten weiterhin Aufmerksamkeit zuzuwenden gedenkt. Von der ungemein sorgfältig bearbeiteten Geschichte des Stammschlosses, verfasst von den schwedischen Gelehrten Lithberg und Roland, sind bis jetzt drei Bände erschienen, die in je zwei Exemplaren im Archiv vorhanden sind. Von den archivalisch noch zu behandelnden Beständen wurde die bedeutende Briefsammlung von über 1000 Stück in Arbeit genommen; sie bedarf noch eines Gesamtinventars und einer Spezialregistratur. Herr Prof. Dr. Ph. Thormann nahm zuhanden der Stiftungsbehörden am 30. November die vorgeschriebene Inspektion vor und fand das Archiv in Ordnung. Dasselbe wurde im Verlauf des Jahres durch eine Reihe von Historikern benützt. Der bei der Hypothekarkasse angelegte Hallwylfonds des Staatsarchivs stand zu Anfang des Berichtsjahres auf Fr. 13,507. 25, zu Ende desselben auf Fr. 14,098. 20.

Bern, den 9. April 1932.

Der Regierungspräsident:
Rudolf.

Vom Regierungsrat genehmigt am 3. Mai 1932.

Test. Der Staatsschreiber: **Schneider.**